

Bedarfe erkennen – Lasten gerecht verteilen

Wie sind Sozialstaat, gleichwertige Lebensverhältnisse und Schuldenbremse unter einen Hut zu bringen?



Zwei zentrale Zukunftsfragen prägen dieser Tage die gesellschaftspolitische Diskussion und haben beste Aussichten zum „Dauerbrenner“ zu werden. Zum einen erleben wir eine breite Diskussion darüber, was Bund, Länder und Kommunen unternehmen müssen, um den Verfall von Straßen und Brücken zu stoppen, das Bildungssystem auf ein im internationalen Vergleich akzeptables Niveau zu heben, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum und nicht zuletzt erfolgreich die Energiewende zu schaffen.

Zum anderen zieht nun auch die Debatte um die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen immer größere Kreise. Zum Ende des Jahrzehnts treten mit den Regeln zur Verteilung der Umsatzsteuer und zum Länderfinanzausgleich maßgebliche Teile der bundesstaatlichen Finanzordnung außer Kraft. Zeitgleich wird die Schuldenbremse ab 2020 den Bundesländern jegliche strukturelle Neuverschuldung verbieten und der Solidarpakt II auslaufen, dessen Aufgabe in der solidarischen Finanzierung des strukturpolitischen Nachholbedarfs der ostdeutschen Länder besteht. Schließlich endet ebenfalls zum Ende des Jahrzehnts die Förderperiode der EU-Strukturfonds, womit auch ein weiterer Rückgang von Fördermitteln für strukturschwache Regionen absehbar ist. Nur noch rund fünf Jahre also, um akzeptable Anschlusslösungen zu finden.

Das Grundgesetz stellt klar, dass Bund und Länder gleichmäßig Anspruch auf die Deckung ihrer notwendigen Ausgaben haben. Doch arbeitet die Finanzpolitik derzeit anscheinend nur an einer anderen Verteilung des Mangels, obwohl auch optimistischste Konjunkturerwartungen nicht die zusätzlichen Mittel erwarten lassen, die erforderlich sind, um den Investitionsstau der öffentlichen Hand aufzulösen. Währenddessen hat die Diskussion um Steuerrechtsänderungen zur Erzielung von Mehreinnahmen seit der Bundestagswahl erkennbar an Schwung verloren.

Für den DGB liegt es auf der Hand, dass für eine lebenswerte Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft über das Jahr 2020 hinaus ein abgestimmter Dreiklang unerlässlich ist: Mit der Anpassung der Verteilungs- und Ausgleichsmechanismen zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss eine ehrliche Bestimmung von notwendigen Aufgaben des Staates und zugleich die Sicherstellung der dafür adäquaten Einnahmen Hand in Hand gehen.

Dazu suchen wir am 11. November mit unseren Gästen aus Bundes- und Landespolitik sowie Vertretern der Wissenschaft das Gespräch. Wir erwarten eine spannende Diskussion und freuen uns auf Ihr Kommen!

programm

Podiumsdiskussion am 11. November 2014 · 18:00 bis circa 21:00 Uhr

In der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz · In den Ministergärten 6 · 10117 Berlin

- 18:00 Uhr Begrüßung
- 18:10 Uhr Eingangsreferat zum Thema aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Stefan Körzell, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB
- 18:30 Uhr Podiumsdiskussion
Dr. Michael Meister, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen
Dr. Carsten Kühl, Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz
Stefan Körzell, DGB Bundesvorstand
Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup, Präsident des Handelsblatt Research Institutes und langjähriges Mitglied und Vorsitzender des SVR
Dr. Katja Rietzler, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
- 20:15 Uhr Get-together / Imbiss
- ca. 21:00 Uhr Ende der Veranstaltung
- Moderation der Veranstaltung: **Arvid Kaiser**, manager magazin online
- Veranstaltungsort:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union
In den Ministergärten 6, 10117 Berlin

antwort

bitte bis zum 31. Oktober 2014 senden an:

Fax: +49 (0)30 - 240 60 218 oder E-Mail manuela.schmidt@dgb.de

An der Podiumsdiskussion am 11. November 2014, um 18.00 Uhr

_____ nehme ich teil, _____ kann ich leider nicht teilnehmen.

Vorname, Name _____

Organisation _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____